

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19242.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben- gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Zur Lage in Russland.

Wir entnehmen einem dem „Hamb. Corr.“ zur Verfügung gestellten Petersburger Briefe das Folgende:

„Trübe und unfreundlichere Tage als die des diesjährigen Herbstes haben wir seit längerer Zeit nicht erlebt. Obgleich es bei uns und in den benachbarten baltischen und finnländischen Provinzen keinen Mischwachs, sondern im Gegentheil recht gute Ernten gegeben hat, stehen wir bis an den Hals in den Folgen des im Osten und einem großen Theile des Centrums herrschenden Nothstandes. zunächst weil unsere Residenz eine unheimliche Anziehungskraft auf das darbende Landvolk übt, und weil die Zahl arbeit- und brodsuchender Zuzügler fortwährend zunimmt. Das wirkt um so peinlicher, als Handel und Verkehr längst nicht mehr in der Lage sind, die Kräfte des ständigen Petersburger Arbeitsmarktes zu beschäftigen. Hafen und Vorhafen sind früher als in anderen Jahren in die Vereisungs-Periode getreten, und auch wenn das nicht der Fall gewesen wäre, würde das Arbeitsangebot die Nachfrage weit übersteigen. Der Handel steht in Folge des Verbots der Getreide- und Delikatessen-Ausfuhr so gut wie still, und gerade er ist es von dem der Arbeitsmann den Hauptvortheil zog, auf der Einfuhr aber lassen die Verlegenheiten des Adels und der Landwirtschaft, dagegen der Rückgang des Rubelcources mit zunehmendem Gewicht. Die Coursendifferenz beträgt seit dem Frühjahr zwanzig bis dreißig Prozent, und das macht sich schwer geltend, wo zahlreiche Adelsfamilien ohnehin zu Einschränkungen gezwungen sind und die Beamten ansehnliche Theile ihres Gehalts an die nothleidenden Provinzen abgeben müssen.“

Von denen, die diese Spenden darbringen, hört man immer wieder Zweifel an der Zuverlässigkeit und Zweckmäßigkeit der Gabenvertheilung aussprechen. Ist es doch notorisch, daß ihre hauptsächlichste Bestimmung, die Beschaffung von Saatkorn, wegen der vorge schrittenen Jahreszeit in zahlreichen Gebieten nicht mehr erreicht werden kann, daß die Verwirrung auf den nach Osten führenden Eisenbahnen fortwährend zunimmt, und daß Verzweiflung, Demoralisation und Ratlosigkeit des unglücklichen, von Hunger, Hungertypus und Dysenterie heimgesuchten Landvolkes für die Zukunft das Schlimmste fürchten lassen. Selbst da, wo man sonst grundsätzlicher Schönsäubererei zu huldigen gewohnt ist, z. B. in den Spalten der „Moskauer Zeitung“, wird eingestanden, daß an durchgreifende und rechte Hilfe nicht mehr zu denken sei, und daß zu radicalen Maßregeln, zur Inventur der vorhandenen Getreidebestände und zur Festsetzung des Kornpreises durch den Staat geschritten werden müsse.

Zu diesen niederschlagenden Eindrücken kommt ein höchst unbefriedigender, durch das Wiedererscheinen der Influenza geradezu bedrohlich gewordener öffentlicher Gesundheitszustand. In unseren feuchten, jeder sanitären Kontrolle entbehrenden Vorstadt-Vierteln (Ohta, Petersburger Seite, Heumarkt u. s. w.) pflegen Herbst und Frühjahr auch in normalen Zeiten zahlreiche Opfer zu fordern — in diesem Jahre aber sind die schlechten Wohnungs- und Erwerbsverhältnisse und die durch die Härté des Alters gesteigerte Gefährlichkeit der epidemischen Grippe hinzugekommen. Finden bereits in den besser stützten Stadtteilen sehr zahlreiche Erkrankungen und Todesfälle statt, so kann man nicht ohne Grauen an die ärmeren Quartiere mit ihren engen, feuchten, überheizten Löchern denken. Insbesondere unter den zahlreichen, meist des Nötigsten entbehrenden Zuzüglern vom Lande

hat die Sterblichkeit schon jetzt eine außerordentliche Höhe erreicht, obgleich nur erst das relativ erträgliche erste Drittel der kalten Jahreszeit hinter uns liegt.

Zu dem allen kommt die Unerquicklichkeit der politischen Verhältnisse. Die kaiserliche Familie und der Hof weilen in der Armee und schließen die Rückkehr in die nordische Residenz immer weiter hinaus (die Rückkehr nach Gatschina ist inzwischen allerdings erfolgt, D. R.), obgleich ihre Abwesenheit auf das Erwerbsleben einen mahrhaft lähmenden Einfluß äußert. Gelegenheit zu reichlichem Verdienst wäre freilich auch sonst in diesem Winter von Seiten des Hofs kaum geboten worden. Die Krankheit des Großfürsten Georg und der Tod der jungen Großfürstin Paul haben das Kaiserhaus zu schwer getroffen, als daß die Neigung zu Feierlichkeiten vorhanden sein könnte, die sich außerdem durch Rücksichten auf den Jammer in den Notstandsbezirken von selbst verbieten. Augenblicklich soll die Stimmung in Livabia eine besonders gedrückte sein, weil der Tod des ihm persönlich nahestehenden Hofmarschalls Fürsten Obolenski sehr tief empfunden hat und mehrere mit dem Hause liierte Familien, z. B. die Grafen Apraxin, durch ihn in Trauer versetzt sind. Unveränderte Mienen zeigt überhaupt nur unsere Presse, deren Verlogenheit, Parteilichkeit und Urtheilstosigkeit trotz aller in jüngster Zeit erlebter Prüfungen und Misserfolge die frühere geblieben ist. Neben Aufsätzen, die die Trostlosigkeit unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse und des sittlichen Zustandes der Bauernschaften unverblümmt eingestehen, werden Hetzerikel gegen Deutsche, Finnländer, Polen, Juden u. s. w. veröffentlicht, die den thörkosten Hochmuth schützen und einen gedankenlosen Dunkel bezeugen, der schlimmer nicht sein könnte, wenn wir im Überfluss schwärmen, und wenn wir uns einer mustergültigen politischen und wirtschaftlichen Organisation erfreuen. Alle Welt weiß, daß die finnischen, baltischen und litauisch-polnischen Länder die einzigen des russischen Reiches sind, in denen so leidlich geordnete Wirtschaftsverhältnisse und Einrichtungen bestehen, daß sie Mischwachsjahre aus sich selber zu überwinden vermögen, und doch wird gegen Sprache, Recht, Kirche und Tradition dieser Provinzen zu Felde gejogen, als ob sie Schlupfwinkel der äußersten Verkommenheit wären. Im Innern des Reiches fehlt es wie immer an Recht, Ordnung und Bildung, heute aber auch noch an Brod, und doch hat man die Zeit, Regulative für die Russifizierung der hiesigen deutschen Mädchenschulen und der baltischen Advocatur auszuarbeiten und den Finnländern mit der Einführung der russischen Sprache und mit der Abschaffung ihrer Verfassung zu drohen. Es wird offenbar noch schlimmer kommen müssen, als es bereits gekommen ist, damit die zu Ton angeboren gewordenen „nationalen“ Stürmer und Dränger ad absurdum geführt und darüber belehrt werden, daß Drohungen gegen das Ausland und Vergewaltigungen im Innern niemals weniger angezeigt gewesen sind, als im Winter 1891/92. Diese Einsicht wird sich voraussichtlich aber erst einstellen, wenn die drohende Krisis in vollem Maße und unabwendbar eintreten ist.“

Deutschland.

* Berlin, 2. Dezember. Der Kaiser hat der „Weimarschen Ztg.“ zufolge in Hummelshain das nachstehende Handschreiben an den Herzog zu Sachsen-Altenburg gerichtet:

„Meine gegenwärtige Anwesenheit hier selbst und der mir zu Theil gewordene überaus herzliche Empfang in Eurer Hoheit Landen gibt mir die willkommene Gelegenheit, Eurer Hoheit ein Zeichen meiner Achtung und Werthschätzung dadurch zu geben, daß ich Eure

druck. Natürlich vermag kein Genie aus dieser Aucena ein menschlich richtiges Wesen zu machen. Zwischen jener Erzählung, mit der sie eigentlich „verschnappt“ (weil der Zuhörer sie erfahren muß) und der sofort darauf folgenden Lüge an Manrico, er sei dennoch ihr Sohn, verzichtete auch Frau Moran-Olden, die sonst gerade Übergänge aus einem Seelenzustande in den anderen auch mimisch so meisterhaft ausdrückt, auf den Versuch, die Wandlung von Ekstase zu Lust auszudrücken — es geht eben im Glück zu plötzlich damit. Auch weiter ist die Partie eine Unmöglichkeit für den Darsteller; die Mutterliebe ist erneuert, da Aucena den Manrico nur als Werkzeug der Rache an Luna ausspart, von dem sie weiß, daß er sein Bruder ist; die Sängerin hat aber gar keine Gelegenheit, diese Heuchelei dem Zuhörer erkennbar zu machen, und kann die Mutterliebe nur als wahr darstellen: treibt es doch der Textdichter (der Text-Schneider sollte man lieber sagen) auch so weit, Aucena über dieser Mutterliebe, als wäre sie wahr, im entscheidenden Augenblicke das eigene Heil vergessen zu lassen. Einzelnen genommen macht die Scene durch das große Schauspielertalent der Frau Moran Olden allerdings den Einbruck der Naturwahrheit. In der Kerker scene war das traumhafte, aber immer noch voluminöse und daher selbst gegen stärker mitsingende Stimmen noch ganz verständliche piano der Sängerin bemerkenswert. Nicht vergessen wollen wir auch noch die uns kaum von einer anderen Bühnensängerin erinnerliche absolute klarheit und Rundung ihrer Triller.“

Wer nun den Luna neulich von d'Andrade gehört hatte, der mochte ihn sich vorgestern hinzudenken, der vorigestrig war Luna a non lucendo, ein Versuch, der auch von Indisposition, wie es schien, noch beeinträchtigt war, in allem von der Kritik nur en bloc abzulehnen. Sonst war die Oper wie früher besetzt,

Höheit hiermit à la suite des thüringischen Husaren-Regiments Nr. 12 stelle. Indem ich wünsche, daß es Eurer Hoheit Freude machen wird, die Uniform dieses Regiments anzulegen, verbleibe ich mit der Versicherung der aufrichtigen Freundschaft Eurer Hoheit freundwilliger Beter Wilhelm.“

* [Der Kaiser] wird Mitte Dezember den Kammerherrn v. Alvensleben in Neugattersleben besuchen und dort eine Jagd abhalten.

* [Der Kaiser und der „Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke“] Oberpfarrer Dr. Marius in Dommitzsch bei Torgau hat sein „Handbuch der deutschen Trinker und Trunksuchtsfrage“ an den Kaiser gerichtet und nun folgende Antwort erhalten:

„Geheimes Civilcabinet Gr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen. Berlin 23. Novbr. 1891. Seine Majestät der Kaiser und König haben die Gnade gehabt, Ihr „Handbuch der deutschen Trinker und Trunksuchtsfrage“ anzunehmen und lassen Ew. Hochwürden dafür freundlich danken. Allerhöchst dieselben geben dabei dem Wunsche Ausdruck, daß der Deutsche Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke“ mit seinen gemeinnützigen Befreibungen immer weiteren Boden im Volke finden und auch die vorliegende Schrift zur Förderung seiner humanen Aufgaben an ihrem Theil beitragen möge. Im allerhöchsten Auftrage erlaube ich mir Ew. Hochwürden hieron ergebnit in Kenntniß zu sehen. Der Geheime Cabinetsrath, Wirkliche Geheime Rath (ge) Lukanus.“

Es ist das erste Mal, daß der Kaiser sozusagen öffentlich dem genannten Verein seine Theilnahme ausspricht.

* [Generalleutnant z. D. v. Köhl] ist im 76. Lebensjahre in Hannover gestorben. Während des Feldzuges 1866 kommandierte o. Köhl das 1. Garde-Grenadier-Landwehr-Regiment, während des Krieges 1870—71 wurde er zuerst mit dem Kommando der 2. Garde-Landwehr, dann mit dem der 18. Infanterie-Brigade betraut. Am 18. Januar 1871 zum Generalmajor befördert, erhielt er im Juni 1871 definitiv das Kommando der 43. Infanterie-Brigade und wurde am 2. Januar 1876 als Generalleutnant in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt.

* [Die Commission für das bürgerliche Gesetzbuch] hat nach der „Frei. Ztg.“ den Antrag des früheren freiwilligen Abg. Amtsgerichtsrath Hoffmann abgelehnt, im Sinne der früheren Reichstagsanträge von Schulze-Delitzsch Berufsgenossenschaften bei Vorhandensein gewisser gesetzlich aufzustellender Merkmale Corporationsrechte zu ertheilen.

* [Die Berliner Kaufmannschaft und die Börsesteueranträge.] Auch das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft hat sich gestern mit den Börse- und Bankverhältnissen beschäftigt und wie auf der Hand liegt, auch die dem Reichstag vorliegenden Anträge in das Gebiet der Erörterungen gezogen. Das Collegium hat schließlich eine Commission niedergelegt, zu deren Mitgliedern auch Vertreter der Industrie gehören und zwar mit der Aufgabe, eingehend zu untersuchen, ob und an welcher Stelle Mißstände vorhanden sind und im Falle solche festgestellt werden, die weitere Frage zu beantworten, ob überhaupt und auf welchem Wege durch gesetzliche Maßregeln Abhilfe zu schaffen sein möchte. Die Commission soll dann an das Plenum berichten und von diesem Berichte wird es abhängen, ob und inwieweit das Aeltesten-Collegium seinerseits veranlaßt sein möchte, Anträge an den Bundesrat und Reichstag zu richten.

* [Eine „leichte Andeutung“] Die „Koin. Ztg.“ hat neulich die Anhänger des Fürsten Bismarck gerühmt, weil sie sich im Tadel des jüngsten Regiments mit leichten Andeutungen begnügten. Jetzt lesen wir in den dieser Richtung angehörigen „Dresdener Nachr.“ — und die „Hamb. Nachr.“ drucken es ab — Folgendes:

„Herr v. Caprioli ergiebt sich hier einem schweren

Irrthum; jene Urtheile werden durch die offenkundige Thatache bedingt, daß Deutschland seit 1½ Jahren von der Höhe der führenden Macht herabgesunken ist zu einer politischen Nebenrolle und das gerade in Folge einer Politik, die man nicht für sachverständig hält, eben weil sie die schwierigsten Fragen als „ungeheim einfach“ bezeichnet.“

Das ist in der That eine sehr „leichte Andeutung“

* [Die Ergebnisse der preußischen Kneuturprüfung] im Bezug auf ihre Schulbildung im Staatsjahr 1890/91 werden im Centralblatt für die gesammelte Unterrichtsverwaltung in Preußen unter Hinzufügung des Ergebnisses des Jahrganges 1871/72 veröffentlicht. Aus den dort mitgetheilten eingehenden Tabellen heben wir folgende Angaben heraus. Die Zahl der Analphabeten in den einzelnen Provinzen betrug in Prozenten:

Provinz	Jahrgang 1871/72	Jahrgang 1890/91
1. Ostpreußen	6,84	1,84
2. Westpreußen	12,60	3,87
3. Brandenburg mit Berlin	0,65	0,18
4. Pommern	1,16	0,17
5. Polen	15,59	2,58
6. Schlesien	3,34	1,19
7. Sachsen	0,55	0,08
8. Schleswig-Holstein	0,72	0,05
9. Hannover	0,40	0,05
10. Westfalen	1,33	0,03
11. Hessen-Nassau	0,53	0,08
12. Rheinprovinz	0,80	0,09
13. Hohenzollern	0,00	0,00
Staat	3,42	0,84

Der Fortschritt, der in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt, ist ein sehr großer, insbesondere in den Ostprovinzen (Ostpreußen, Westpreußen, Polen). Während im Jahre 1871/72 in Westpreußen jeder 8., in Polen sogar jeder 6. Kavallerist weder lesen noch schreiben konnte, entfällt in der ersten Provinz im letzten Jahrgang erst auf je 25, in der letzteren auf je 40 ausgebogene Mann ein Analphabet, ja im Bremberger Bezirk, der 1871/72 mit 15,50 proc. Analphabeten wenig besser war als der polnische (15,89 proc.), sank der Analphabetenfijfer auf 0,58 proc. herab, so daß hier erst auf je 172 Mann eine Person ohne jede Schulbildung kam. Die 1871/72 eingestellten Mannschaften besuchten die Schule in der Zeit von 1855—1866, der Jahrgang 1890/91 von 1874—1885. In dem ersten darf man wohl mit Recht die Früchte des preußischen Volksschulunterrichts für Zeit der Raum und Mühsel, in dem letzteren die der Säuläcker Falk erblicken. Die Ziffern sind der markanteste Ausdruck für das, was die siebziger Jahre dem preußischen Volke an geistiger Bildung gebracht haben.

* [Zur Frage der Zweckmäßigkeit einer Einheitszeitzeit] geht der „Schles. Ztg.“ eine Zuschrift von dem Director der Breslauer Sternwarte Prof. Dr. Galle zu, welche sich für die Beibehaltung der Ortszeit für das bürgerliche Leben ausspricht. Indem Prof. Dr. Galle leugnet, daß die Astronomen irgend welche persönlichen oder fachmännischen Interessen an der Beibehaltung der Ortszeit haben, fährt er fort:

Es sind vielmehr lediglich die allgemeinen Interessen, welche die Astronomen bei ihren Beobachtungen leisten, und der Wunsch, daß die weit überwiegende Mehrheit der anfänglichen Bevölkerung nicht an jene schwie- und verschw. Tageszeitteilung, wo die Vormittage ein bis fast zwei Stunden kürzer oder länger sein können als die Nachmittage, gewöhnt und zu einer so unnatürlichen Einrichtung erogen und dagegen abgestumpft werde. Bei der geringen Verhältniszahl der Beobachter zu der seßhaften Bevölkerung (etwa 1 zu 50) und dem noch viel kleineren Verhältnis der Eisenbahnbeamten dürfte den leichteren wohl die mögliche Mühe der Berücksichtigung von zwei verschiedenen Zeiten, wie solche seit 50 Jahren ohne sonstigen Nachteil verstanden hat, im Interesse der Allgemeinheit auch ferner zugemutet werden.

Dagegen sei es im vollen Maße dankenswerth,

ungeniebaren kost allmählich zu verhungern. Harmlos hatte dieser sich die Liebenswürdigkeiten auszuhören, mit denen man ihn überhäufte. Er sah die von Amalie selbst gebakten Sachen, die man ihm aufs Zimmer schickte, freute sich an dem Duft der Herbsblumen und Tannenreiser, mit denen er seinen Schreibtisch geschmückt fand, erschien bei den Damen, so oft seine Stimmung ihn zur Mittellistung trieb, oder der Rath des mit den Verhältnissen vertrauten alten Pastors ihm erwünscht war, und dachte gar nicht daran, daß Amalie, ein rothäckiges, rundes, gutherziges Fraulein von zwanzig Jahren, ein zur Liebe geneigtes Herz besitzen könnte. Wenn er sie nun in Gesellschaft traf, so war es doch nur selbstverständlich, daß er als ihr Cavalier auftrete, ihre Nachhausebegleitung übernahm, ihr den Charol trug und freundliche Worte und Blicke mit ihr wechselte, denn sie waren beide jung und lebensfrisch. Bald fiel es ihm indefens auf, daß er ihr auch im Hausflur und auf der Treppe öfter begegnete, als unumgänglich geboten schien. Wenn er dann eilig vorüber wollte, so hielt sie ihn wohl mit irgend einer Frage zurück, nöthigte ihn ins Zimmer, zeigte ihm dies oder das und erwies sich ein wenig zu hartnäckig in Verfolgung ihrer Wünsche.

Als ihm endlich das Gerede der Stadt, gegen das er lange taub gewesen, zu Ohren kam, versuchte er soviel als möglich sich zurückzu ziehen und fühlte sich noch mehr als bisher Agnes Lüden geneigt, bei der er sicher zu sein glaubte, daß man ihm keine falschen Absichten unterlegte.

Sie war die Enkelin des Commerzienrates Lüden, der aus Steina gebürtig, sich vor einigen Jahren erst hierher zurückgezogen hatte, um den Rest seiner Tage in ländlicher Stille zu verleben. Der soviel alte Herr, der von Anfang an an dem jungen Prediger Gefallen gefunden hatte, war mit offenem Herzen und offener Hand für seine gemeinnützigen Bestrebungen eingetreten.

dass für die Eisenbahnen die partikularen Zeiten der kleinen Staaten durch die Einheitszeit des Meridians eine Stunde westlich von Greenwich unter dem Namen der „mitteleuropäischen Zeit“ erjetzt werden. Für die weitere Folge sei für die Verkehrsanstalten der ganzen Erde im internationalen Verkehr eine einheitliche Weltzeit anzustreben.

L [Freisinnige Versammlung in Bitterfeld.] Einen erfreulichen Beweis, dass nicht nur bei den Nachwahlen, sondern auch ohne besonderes Aufgebot von Agitation die freisinnige Richtung immer lebhafte und allgemeine Sympathien im Volke erweckt, gaben am Sonntag die Generatversammlung des deutschfreisinnigen Wahlvereins zu Bitterfeld und die von diesem einberufene Volksversammlung, letztere trotz ungünstiger Verhältnisse von über 600 Wählern aller Klassen aus Stadt und Umgegend befürchtet. In beiden Versammlungen berichtete der Reichstags-Abgeordnete des Wahlkreises Bitterfeld-Delitzsch, Herr Dr. Mag. Hirsch, eingehend über die Thätigkeit des Reichstages und über die gefammte Entwicklung der Reichspolitik vom Februar 1890 bis zur jüngsten Staatsberatung. Redner ging davon aus, dass die Politik des jetzigen Reichskanzlers zwar gegen das verderbliche Bismarck-System des letzten Jahrzehnts eine wesentliche Besserung bedeute, aber noch weit von dem entfernt sei, was den Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprechend und dadurch geeignet sei, die unleugbar herrschende Unzufriedenheit zu beseitigen. Ohne die Schwierigkeit der Stellung des jetzigen Reichskanzlers, ohne seine ausgezeichneten persönlichen Eigenschaften zu erkennen, müsse man doch eine entschiedener, consequenter Haltung in dem Sinne erwarten, dass das höchste Gesetz die Wohlfahrt des ganzen Volkes sei. Die freisinnige Partei huldigte in Wahrheit diesem obersten Grundsatz; nur das feste Eintreten in die maßvollen freisinnigen Bahnen, nicht aber das Laien zwischen den entgegengesetzten Parteien und Richtungen könnte unserem Vaterlande die ersehnte Befriedigung bringen. Diese Ausführungen fanden allseitigen Beifall; der Vorsitzende, Herr Fabrikant Hädicke, bekundete in warmen Worten, dass die Wähler, in zunehmendem Maße auch die, welche 1890 auf gegnerischer Seite gestanden, das gemeinnützige Wirken des freisinnigen Abgeordneten innerhalb und außerhalb des Reichstages (Friedenskonferenz zu Rom) in vollstem Maße anerkannten und immer fester zur freisinnigen Partei stehen. In der lebhaften Discussion wurde besonders die langsame Einführung der Gewerbeabgabekündigung und die Aufrechthaltung der Betriebszölle, welche schwer auf dem Volke lasten, bitter beklagt. Mit einem dreifachen Hoch auf den Abg. Dr. Mag. Hirsch schloß die Versammlung.

* [Zum Wahlkampf in Bayreuth.] Durch die Zeitungen ging kürzlich die Meldung, dass bei dem Wahlkampf im Reichstagswahlkreise Bayreuth die Nationalliberalen und die Freisinnigen dahin übereingekommen wären, alle persönlichen und gehässigen Angriffe gegen einander zu vermeiden. Das scheint nicht der Fall zu sein. Es liegen uns einige Nummern der „Markt-Redwitzer Zeitung“ vor, welche für den nationalliberalen Kandidaten sehr heftig eintritt und die Freisinnigen in einer Weise angreift, wie man es bisher nur in der antisemitischen Presse gewohnt war. Wir haben bereits vorgeführt einige Beispiele dafür angeführt. Heute wollen wir noch einiges nachtragen: In der Nummer vom 24. November findet sich unter der Überschrift: „Die Sorge des Deutschfreisinns um den armen Mann — oder ein Stück Sklaverei“, ein Artikel, in dem in Anknüpfung an die Debatte über die Wucherpositionen in der Sitzung vom 17. November gesagt wird:

„Es waren zwei Redner, die antisemitischen Führer Böckel und Liebermann, welche in dieser Frage den Mund aufstehen, während die Wucherer selbst ihren Anwalt in der Person des geschwätzigen deutsch-freisinnigen Riepert fanden.“

Nach einer Erörterung des Böckel'schen Vorschlags, die Wucherproesse künftig nicht mehr von gelehrten Richtern, sondern von den Schurgerichten aburtheilen zu lassen, schließt sodann der Artikel mit dem bereits citirten Passus, welcher besagt, dass während die nationalliberalen Partei sich bemühte, gegen den Wucher und den Börsenschoindel Front zu machen, die deutsch-freisinnige Partei durch den Abgeordneten Riepert das moderne Spitzbubenthum und die gemeinst Blutsaugerei in Schuh nehme. Und nachdem die „M. Redw. Ztg.“ in dieser Weise die Freisinnigen beschimpft hat, klagt sie — zwei Tage später darüber, dass der frühere freisinnige Kandidat, Landgerichtsrath Stoll, es den Nationalliberalen durch sein Verhalten in der

Das hatte Ulrich zuerst in Verführung mit ihm gebracht, und bald war er ein gern gesehener Guest in der geschmackvollen Villa, die sich der Commerzienrat vor der Stadt erbaut hatte. Hier gab es nicht die geistbündenden Gesellschaften, wie sonst in Steina, sondern der Hausherr pflegte ein paar Gäste um sich zu versammeln, denen bei gutem Gespräch und einem Glase edlen Weines die Stunden angenehm verflossen. Fräulein Liegeforgte auf das Beste für die Bewirthung, wenn sich auch sonst keine Vorzüge an ihr rühmen ließen. Agnes aber bereitete schon durch ihr anmutiges Auftreten Behagen um sich. Alles war tierisch an ihr, sogar ihre Art sich auszudrücken, die oft etwas pikant Schnippisches bekam. Doch sprach sie wenig, und die Herren wussten die mädelhafte Bescheidenheit ihres Benehmens zu schätzen. Nach Tisch nötigte der Großpapa sie gewöhnlich, sich an den Flügel zu setzen und ein paar Lieder zum Besten zu geben, an denen er seine helle Freude hatte. Sie sang mit kleiner reiner Stimme Tiroler Volkslieder im Dialect. Wenn auch keine bedeutende Leistung — es war doch ein kleiner Strahl von Kunst, der hier versöhrend und erwärmend in die Seele fiel.

Agnes zeigte sich unbefangen, aber sehr zurückhaltend gegen Ulrich. Gerade das gefiel ihm, denn es unterschied sie auf das günstigste von den anderen jungen Damen, deren öffentlich dargebrachte Huldigungen sein Gefühl verlehnt und ihm lästig waren. So wuchs sie allmählich zu einer Gestalt heran, die in dem Kreise seines jetzigen Lebens eine der Hauptrollen spielte. Als er von dem Gerede Kenntnis erhielt, dass ihn nun auch mit ihr in Verbindung brachte, war er unglücklich, was er zu ihm habe. Sollte er sich zurückziehen aus dem Hause, dem einzigen, in dem er ein wenig von der Luft atmete, die ihm Bedürfniss war? Sollte er sich und auch sie, deren Leben nicht eben reich war, des Vergnügens harmlosen Verkehrs beraubten? Agnes gehörte nicht zu

freisinnigen Versammlung unmöglich gemacht habe, „persönliche Angriffe“ auf die Gegner zu vermeiden und die Agitation sachlich zu halten, weil er in seiner Rede daran erinnert hatte, dass der nationalliberalen Kandidat, Herr Dr. Casselmann, nicht nur „Magistratsrat“, sondern auch Advocat und Reserveleutnant sei. Dann Herr Stoll, rief das Blatt aus, nun in Abrede stellen, dass es ihm nicht um die Verdächtigung des Hrn. Dr. Casselmann zu thun war? Wiederum zwei Tage später, am 28. November, erörtert das Blatt, ob der Reichstag wirklich Ernst mache, nämlich in dem Sturm gegen die Börse. Die conservativen und nationalliberalen Anträge würden, so meint es, in Berlin großen Schwierigkeiten begegnen und dann wird fortgefahrene:

„Die deutschfreisinnige Börsenprese stemmt sich jetzt schon dagegen und es ist gut, dass dadurch den Wählern gezeigt werden kann, was sie von der freisinnigen Partei im Reichstage zu erhoffen haben; ihr Jammer um den armen Mann ist reine Heuchelei.“

In einer Kritik dieser niedrigen Kampfesweise einzutreten, ist wohl nicht nötig. Wir zweifeln nicht daran, dass die Majorität der Mitglieder der nationalliberalen Partei dieselbe ebenso für verderblich hält, wie wir.

* Aus Karlsruhe, 29. November wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Ein großartiges Projekt zur Ausführung der ungeheuren Wasserkräfte des Rheins zur Gewinnung elektrischer Beleuchtung ist von Ingenieur Aehn aus Mannheim entworfen worden. Der erste Schritt zur Ausführung ist bereits von der Stadt Mühlhausen i. G. unternommen worden. Es handelt sich darum, die Wasserkräfte des ganzen Oberrheins, von der schweizerischen Grenze (Basel) bis Mannheim für die Gewinnung elektrischer Kräfte auszunützen. Die Ausführung des Planes lehnt sich an die grohartige Anlage bei Rheinfelden, deren Kraftgewinnung zu gleichen Theilen der Schweiz und Baden zu gute kommt, an. Wie dort soll auch hier ein Kanal längs des Rheines angelegt werden, dessen Wasserstand von dem des Rheines unabhängig ist resp. von dem Hochwasser des letzteren nicht beeinflusst wird. Dieser Industriekanal soll ein entsprechendes Gefälle haben, um so viele und so große Turbinen zu treiben, wie erforderlich sind, um nicht nur alle in der Nähe des Rheines liegenden Ortschaften, sondern auch den ganzen Schwarzwald und die Rheinebene mit elektrischer Kraft zu industriell und landwirtschaftlichem Betriebe zu versorgen. Eine Anzahl von Finanzmännern soll sich schon für die Erlangung der Berechtigung zur Ausnutzung des Unternehmens beworben haben. Mühlhausen i. G. hat die elektrische Anlage mit Benutzung der Rheinwasserkraft bereits beschlossen. Ein Theil des südlichen Schwarzwaldes wird nach Inbetriebnahme der Rheinfelder Anlage im Jahre 1893 mit elektrischer Kraft versorgt.

Frankreich.

Paris, 1. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wurde zunächst eine Staatsabvention von 50 000 Frs. an Bergarbeiter bemüht, welche bei Monthieux (Loire) eine Kohlenmine häuslich erworben haben. Darauf wurde die Beratung über den Colonialstaat wieder aufgenommen. Der Unterstaatssekretär Etienne trat in längerer Rede für die Positionen des Budgets ein; die gegenwärtige Periode der Schwierigkeiten würde sofort ihr Ende finden, sobald die Ueberzeugung in den Colonien allgemein geworden sei, dass zwischen der Regierung und dem Parlamente ein vollkommenes Einvernehmen in Bezug auf die Colonialpolitik bestehet. Der Unterstaatssekretär ging sodann auf die Lage jeder einzelnen Kolonie ein und hob zum Schlusse die Notwendigkeit hervor, kommerzielle Absatzgebiete in den Colonien zu suchen und dazu große Colonialgesellschaften zu gründen. Die Kammer nahm mehrere Artikel des Staats an. (W. L.)

* [Französische Militärmusik.] In ihrem Streben nach Verbesserungen haben sich die Franzosen mehrfach mit der Militärmusik beschäftigt. Napoleon III. schaffte in den letzten Jahren seiner Regierung die Kapellen der Reiterregimenter ab, die nur ihre Trompeten behielten. Als Grund wurde angegeben, dass die Musik in jedem Regiment 20 bis 25 Pferde beanspruche, die mitgeführt, mitgeschleppt werden müssten, aber im Felde gar nichts leisten; die Musikkapelle sei also überflüssiger Ballast. Der Kriegsminister Jare befürchtete die Trommler, was selbst außerhalb des Heeres Aufregung hervorrief. Boulanger erwähnt daher großen Beifall, als er sie wieder einführte. Es war dies keine der kleinsten Ursachen seiner Volkstümlichkeit. Jetzt ist die Rede davon, alle Regimentskapellen abzuschaffen, natürlich wiederum zur Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres. Unterdessen ist aber eine Neuerung eingeführt worden, welche Beachtung verdient: Trompeter, deren Schallloch rückwärts gebogen ist. Die bisherigen geraden Trompeten senden den Schall vorwärts, während die Soldaten meist hinter den Bläsern marschieren, also am schlechtesten hören. Die Trompete mit zurückgebogenen Schallhorn wird unmittelbar von ihnen gehört, die Soldaten können um so besser nach dem Takt der Musik marschieren. Ein belgischer Fabrikant glaubt nun, die römische Tromba neu hergestellt zu haben, welche die Soldaten Julius Cäsars bei ihren Siegeszügen be-

dachten, die die Regungen eines jungen Herzens sofort vor dem Altar dingfest machen wollten, doch glaubte er sicher zu sein. Und müsste es sie nicht schwer verleihen, wenn er sich um des mühsigen Stadtklatsches wegen von ihr zurückzog, als fürchte er, die Ruhe ihres Herzens zu stören?

Er dachte nicht daran, überhaupt schon zu heirathen. Sein Sinn stand noch nicht nach den Fesseln der Ehe. Er war noch zu sehr im Werden, war von zu vielen Interessen erfüllt, um Gernschaft nach der engen Umgrenzung des Familienlebens zu hegen.

So beschloß er denn sein Verhältniss zu Agnes in früherer Weise zu erhalten, und vermochte es doch nicht. Er ward gefangen, unsicher ihr gegenüber, er vermied sie eher, als dass er sie suchte — und beide erröthen, wenn ihre Augen sich trafen. Ohne dass er sich dessen bewusst ward, beeinflusste ihn die öffentliche Meinung. Dafür als je vor in Leben sann er über die große Lebensfrage nach, sagte er sich, dass nur volle Liebe und nicht äußere Rücksichten ihn zur Ehe treiben sollten, — und verachtete sich doch nicht, dass es wirklich für sein Amt und seine Stellung günstig sein würde, wenn er heirathete.

An einem kalten, klaren Februarsonntag war es, als er vor Beginn der Predigt von der Kanzel herab in die Kirche schauend ein Gesicht vermisste, das allsonntags von einem der Kanzel gegenüber liegenden Stand zu ihm empor geschaut hatte, seit er in Gleina wohnte. Was mochte Agnes Luden fern gehalten haben? Der lehre Orgelton verklang, er hätte beinahe den Anfang seiner Predigt vergessen. Gewaltsam musste er seine Gedanken zusammenpressen, um völlig bei der Sache zu sein. Nach dem Schlusse des Gottesdienstes trat wieder das Bild des anmuthigen Mädchens vor ihm hin, und beunruhigt fragte er sich, warum sie nicht zur Kirche gekommen sei. Gewiss, es mochte etwas Außergewöhnliches sein, das ihr Erscheinen verhindert habe. (Fortsetzung folgt.)

gleiteten. Derselbe Fabrikant will auch den Litus, die Trompete der römischen Reiterei, und die Tuba, die Trompete des römischen Fußvolkes, nach alten Modellen herstellen. Selbstverständlich gedenkt er sie wenigstens theilweise in den europäischen Heeren zur Einführung zu bringen. Nöthigenfalls werden Dahomey und andere afrikanische Negereiche damit bedacht.

Italien.

Rom, 1. Dezember. Beim Vortrage des Finanzprojektes, welches von 3 bis 5½ Uhr dauerte, waren sämliche Minister zugegen. Nach seiner Rede wurde der Schatzminister Lucatti von seinen Collegen und vielen Deputirten beglückwünscht. (W. L.)

Spanien.

* [Das 400jährige Gedenkfest der Rückeroberung Granadas] müsste nach Aussage der geschichtlichen Reihenfolge eigentlich einige Monate vor dem Columbus-Fest gefeiert werden; da indessen die spanische Regierung die Ausgaben für zwei große Feste scheut, so hat man beschlossen, aus der Granadafest einen Theil der Columbusfeier zu machen, und es weilt seit einiger Zeit eine Commission aus Granada in Madrid, um mit der Regierung das Programm zu vereinbaren. Wie verlautet, wird sich im nächsten Jahre die Regentin mit dem Ministerium nach Granada begeben und in dem zur Alhambra gehörigen Saal der Comareh die Feier eröffnen. Das ist der selbe Saal, in welchem seiner Zeit, kurz nach der Eroberung der Stadt, Isabella die Katholische den Columbus empfing und ihm erklärt, dass sie ihr Geschmeide verpfänden würde, um die Entdeckungsreise zu ermöglichen. An die Eröffnung der Feier durch die Königin werden sich große Volksfestlichkeiten knüpfen. Die vielen Quellen und Springbrunnen der Alhambra sollen zu diesem Zweck wieder hergestellt werden; die Alhambra selber wird acht Nächte hintereinander durch 35 000 farbige Lampen erleuchtet werden. Durch mächtige Scheiterhaufen wird man auch die Sierra Nevada, die Sierra de Loja und überhaupt die Berge, in denen Granada liegt, einige Nächte hindurch erleuchten. Auch geschichtliche Umzüge sollen veranstaltet werden.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 1. Dezember. Der bekannte norwegische Schriftsteller Alexander Kielland wird am Sonnabend seine offizielle Ernennung zum Bürgermeister von Stavanger erhalten. Auf conservativer und hochkirchlicher Seite herrscht wegen dieser Ernennung eine lebhafte Verstimmung.

Rumänien.

Bukarest, 1. Dezbr. Der Minister des Innern Catargi, der Kriegsminister Jaques Lahovary und der Minister für öffentliche Arbeiten Olanesco haben heute ihren Rücktritt eingereicht. (W.L.)

Rußland.

* [Die Noth in Finnland] nimmt finnischen Blättern zu folge einen bedenklichen Grad an. Im Archspiel Guomussalmi sei die Getreideernte total fehlgeschlagen und die Kartoffeln habe der Frost vernichtet. Man meint, dass, wenn der dortigen Bevölkerung alsbalb keine Hilfe würde, der Tod von Hunderten oder gar Tausenden gewiss wäre. Ebenfalls in den nördlichen Archspielen Tohmajärvi, Rähtysmaara, Pelkjärvi, Sodankylä und in Lappland stände die Noth vor der Thür. Der Gouverneur zu Kuopio hat, um die Ausbreitung des Nothstandes in seinem Gouvernement konstatiren zu können, sich auf eine Rundreise begeben. In Jönköping forderte der Gouverneur den dortigen Magistrat und die Stadtverordneten auf, eine „Nothstandscommission“ nach dem Muster der in Russland bestehenden zu gründen. Um der armen Bevölkerung Verdienst zu geben, beauftragt der Gouverneur zuständigen Orts vorzuschlagen, dass der Bau der Bahn von Sordavala bis Jöenghuu so bald wie möglich in Angriff genommen werde oder, wenn dies nicht thunlich, die Trockenlegung von gewissen Moränen bewerkstelligt würde. Die Zahl der eigenthumlosen Bevölkerung in Ilomantsi, die über Mangel an Arbeit und Brod klagt, beläuft sich auf mehr als 14 000 Personen. Zum Besten der finnischen Nothleidenden wird ein Monstre-Concert von sämlichen Helsingforser Gesang- und Musikvereinen geplant.

* [Carmen Silva.] Aus Bukarest wird geschrieben: Ueber das Bestinden der Königin Elisabeth, von welchem schon seit längerer Zeit nichts Näheres verlautete, sind sehr erfreuliche Nachrichten aus Pallanca hier eingetroffen. Es heißt, dass die Königin den festen Entschluss gefasst hat, sobald dies nur thunlich ist, nach Rumänien zurückzukehren, und dies dürfte früher geschehen, als — wenn ihrem Entschlisse keine Hindernisse entgegentreten — man glauben sollte. Zu der raschen Erholung hat hauptsächlich die strenge Diät beigetragen, welcher sich die Königin unterwarf. Ihre Zeit wird streng nach der Uhr regulirt; der Tag ist so eingetheilt, dass jede Er müdung oder Unruhe ausgeschlossen ist. Sobald man in der Umgebung Pallancas erfuhrt, dass die Königin sich sowohl erholt habe, um Besuch empfangen zu können, beeilte sich der ganze italienische Adel, dem königlichen Gueste seine Aufwartung zu machen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 2. Dezember. Am heutigen Schwerinstag wurde im Reichstag lediglich über den freisinnigen Antrag Hirsch, Ebert und Genossen verhandelt, welcher die Einführung „eingetragener Berufsvereine“ bevekt. (Vereine, welche sich die Förderung der Berufsinteressen und die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder zur Aufgabe stellen.) Der eingetragene Berufsverein soll berechtigt sein, unter seinem Namen Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen unter ausschließlicher Haftbarkeit des Vereinsvermögens, der Entwurf enthält Bestimmungen über die Organisation der Vereine und ihren Zusammenschluss zu einem Verbande.

Abg. Hirsch (frei): Bereits im Jahre 1889 hat Schulz-Delitsch einen Gesetzentwurf betreffend die privatrechtliche Stellung der Vereine eingebracht und 1871 wie 1872 wiederholt. Es hat sich eine weitgehende Übereinstimmung des Reichstages mit den Grundzügen des Entwurfs gezeigt, die verbündeten Regierungen aber stimmten leider nicht zu. In England wurde gerade damals das Gesetz betreffend die Gewerk-

vereine erlassen, hätten wir ein ähnliches Gesetz gehabt, so hätte die Arbeiterbewegung bei uns einen andern Gang genommen. Auch bei der Beurtheilung der Gewerbeordnungsnovelle ist anerkannt worden, dass die Organisation der Arbeiter nothwendig sei. Der Handelsminister verwies dabei auf unser Antrag. Das Streben nach Vereinigung liegt im germanischen Charakter und ist der Beweis von jugendlicher Kraft in der Nation. Der Beruf ist der Centralpunkt der sozialen Gliederung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit von Berufsvereinen. Im Vorbergrunde aber steht die Arbeiterfrage. Die Arbeiterorganisationen werden mit Unrecht als Kampforganisationen bezeichnet; die sozialen Kämpfe dauern ja schon zwei Jahrzehnte. Auch die Innungen im Mittelalter sind im Kampfe groß geworden. Wenn Organisationen durch Normativgesetze geregelt werden, so werde der Kampf nicht verstärkt, sondern geschwächt werden, denn es solle hierin ein Mittel gegeben werden, alle Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aufzuheben. Das Organisationsrecht sei eine notwendige Ergänzung des Coalitionsrechtes. Die Arbeiter suchen sich auch in den Vereinen gegenseitig moralisch und materiell zu stützen und zu heben. Die Arbeiterinnen könnten den staatlichen Arbeiterschutz erheblich ergänzen, auch bei Krankheit und Unglücksfällen u. s. w. Gegen Arbeitslosigkeit schützte noch kein Staat den Arbeiter und die Vereine kämen auch darin den Arbeitern zu Hilfe. Auf anderen Gebieten gewähre der Staat, was wir hier für diese Vereine verlangen, so den Aktiengesellschaften und Genossenschaften. Gegenüber der Arbeiterbewegung thue es Noth, die schwelenden Wasser in geregelte Kanäle zusammenzufassen. Die öffentlich rechtliche Seite werde durch unser Gesetzentwurf ja nicht berührt, aber die Regelung der privatrechtlichen Seite werde dazu führen, dass namentlich die unteren Behörden die Vereine mit mehr Rücksicht behandeln. Dazu sprechen die Abg. v. Neudell (frei), Molkenbuhr (soc.), Hartmann (cons.) und Hitzé (centr.).

Abg. Dr. Schneider-Nordhausen (frei) sagt zum Schluss: Wir sind der Ansicht gewesen, uns bei diesem Gesetzentwurf auf das beschränken zu müssen, was in der Gegenwart erreichbar ist. Deshalb sahen wir zunächst die Berufsorganisation ins Auge. Wir legen aber Gewicht darauf, nicht nur ein Gesetz für Arbeiter, sondern auch für Arbeitgeber und für Angehörige aller Berufsarten zu machen. Ich bedaure, dass nach dieser Richtung hin der Entwurf missverstanden worden ist. Abg. v. Neudell wolle den Gewerksvereinen Corporationsrechte nicht verliehen sehen, weil ihnen die Gemeinnützigkeit des Zwecks fehle. Diese sei aber nicht nötig, um dem Gesetz nach Corporationsrechte zu verleihen. Sie fehle auch den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und fehle bei den Inhabern einer Handelsgesellschaft, welche sich in das Handelsgesetzbuch eintragen lassen. Herr v. Neudell habe das Gesetz ferner für unannehmbar erklärt, weil es den Reiz zur Arbeits-einstellung vermehre und gemissermassen den Contract-bruch organisire. Dem widersprechen die Erfahrungen in England, es sei im Gegenteil anzunehmen, dass die Gelegenheit der Organisation leichtsinnige Arbeits-einstellungen oder Contractbrüche verhindern werde.

Die Vorlage wurde nach dem Antrag der Freisinnigen an eine Commission von 14 Mitgliedern verwiesen. Morgen steht das Krankenkassengesetz auf der Tagesordnung.

Berlin, 2. Dezember. Den „Politischen Berliner Nachrichten“ zufolge treten demnächst Kommissare der Reichsämter des Inneren, der Justiz, des Schatzamtes, sowie der preussischen Ministerien für Handel, Finanzen, Landwirtschaft und Inneres zusammen, um darüber zu berathen, ob und welche Massnahmen zur Befestigung der Märkte an der Productenbörse zu ergreifen seien.

Berlin,

